

Ein Thesenpapier

# Perspektive eines jungen Islams in Deutschland



#Nir  
Almanya



# Inhalt

Grußwort	4
Die #WirAlmanya-Tagung	9
Der Islam gehört zu Deutschland!	13
#WirAlmanya: Die Teilnehmenden	14
Der Diskussionsprozess und die Ergebnisse	16
Zentrale Ergebnisse	17
„Wer ist Muslimin und Muslim?“	20
„Was für einen Islam vertreten wir?“	22
Zehn Thesen zur „Vision Islam 2030“	23
To-dos für die Politik, die muslimische Community, Bildungseinrichtungen und Medien	33
Handlungsvorschläge für die Politik	33
Handlungsvorschläge für die muslimische Community	36
Handlungsvorschläge für Bildungseinrichtungen	37
Handlungsvorschläge für die Medien	38
Fazit	39



Liebe Leserinnen und Leser,  
die Deutsche Islam Konferenz hat in ihrer vierten Phase einen Schwerpunkt auf den innermuslimischen Dialog gelegt und dabei auch die Perspektive junger Musliminnen und Muslime zu Fragen muslimischen Lebens in den Blick genommen. In diesem Rahmen haben wir die dreitägig digitale Klausurtagung 40 junger Musliminnen und Muslime verschiedener Stipendiatennetzwerke, die im Herbst 2020 unter dem Titel *#WirAlmanya. Perspektive eines jungen Islams in Deutschland* stattfand, von Seiten des Bundesinnenministeriums gefördert.

Die jungen Teilnehmerinnen und Teilnehmer haben im Laufe der Tagung, die von der Deutschlandstiftung Integration in Zusammenarbeit mit der Bertelsmann Stiftung organisiert und inhaltlich umgesetzt wurde, ihre Vision eines Islams in Deutschland im Jahr 2030 entwickelt. Ich freue mich, dass die Ergebnisse der Tagung nun in einem Thesenpapier vorliegen. Das aus den Debatten und Diskussionen entstandene Thesenpapier kann

sicherlich nicht Repräsentativität für die Gesamtheit junger Muslime in Deutschland beanspruchen und tut dies auch nicht. Ich hoffe und wünsche mir jedoch, dass die vorliegende Publikation konstruktive Impulse für die Debatte um einen in Deutschland beheimateten Islam setzt und die Stimme junger Musliminnen und Muslime in diesem Diskurs stärkt.

Ihr Dr. Markus Kerber,  
Staatssekretär im BMI  
mit Zuständigkeit für die DIK



Liebe Leserinnen und Leser,  
was bewegt junge Musliminnen und Muslime, wenn es um ihren Glauben geht? Welche Vision haben sie für ihre Religion in Deutschland? Und fühlen sie sich im Diskurs um den Islam repräsentiert? Diese und weitere Fragen standen im Mittelpunkt der Veranstaltung *#WirAlmanya. Perspektive eines jungen Islams in Deutschland*, zu der die Bertelsmann Stiftung und die Deutschlandstiftung Integration im Herbst 2020 gemeinsam einluden.

Die Initiative geht auf eine gemeinsame Idee des Bundesinnenministeriums und der Deutschlandstiftung Integration zurück, mit jungen Musliminnen und Muslimen Impulse zu erarbeiten, wie ihre Perspektive im Diskurs der Deutschen Islam Konferenz, aber auch darüber hinaus im gesamtgesellschaftlichen Kontext gestärkt werden kann. Mit der langjährigen wissenschaftlichen Expertise der Bertelsmann Stiftung und der engen Verbindung zur Zielgruppe der Deutschlandstiftung Integration ist so eine Veranstaltung entstanden, die trotz des Corona-bedingten virtuellen Formats einen geschützten Raum für den persönlichen Erfahrungsaustausch und kontroverse Diskussionen bot. Dass die erarbeiteten Vorschläge abschließend von Staatssekretär Dr. Markus Kerber persönlich entgegengenommen

wurden, zeigt, wie wichtig es ist, neben etablierten Personen auch junge Stimmen stärker im gesellschaftlichen Diskurs abzubilden.

Wir möchten uns recht herzlich bei allen Teilnehmenden für ihr Engagement, ihre Offenheit und Kreativität bedanken. Darüber hinaus gilt unser Dank dem Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat, das die Veranstaltung im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz ermöglicht hat.

Im Rahmen der Veranstaltung wurden die zum Teil sehr unterschiedlichen Perspektiven zum Thema sichtbar. Diese Publikation fasst die zentralen Ergebnisse von *#WirAlmanya* zusammen und möchte Impulse dafür setzen, wie die Repräsentation junger Musliminnen und Muslime gestärkt werden kann. Jetzt sind die Akteure dazu eingeladen, die Vorschläge zu reflektieren und deren Umsetzungsmöglichkeiten zu prüfen.

Ihre  
Dr. Yasemin El-Menouar      Gonca Türkeli-Dehnert



## Die #WirAlmanya-Tagung

Wie steht es um den Islam in Deutschland, welche Erfahrungen machen insbesondere die jungen Musliminnen und Muslime und welche Zukunftsperspektiven sehen sie für ihre Religion und sich selbst in diesem Land? Fragen wie diese standen auf der Agenda einer Online-Tagung im Rahmen der Deutschen Islam Konferenz, die von der Bertelsmann Stiftung und der Deutschlandstiftung Integration ausgerichtet wurde. Unter dem Titel *#WirAlmanya. Perspektive eines jungen Islams in Deutschland* führte sie vom 30. Oktober bis zum 1. November 2020 insgesamt 40 junge Menschen zwischen 19 und 35 Jahren zusammen, die sich als muslimisch verstehen und in Deutschland zu Hause sind.

Zielsetzung der Tagung, die vom Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat initiiert und unterstützt wurde, war es, einen geschützten Raum für einen intensiven Erfahrungsaustausch und die Entwicklung inhaltlicher Impulse bereitzustellen und so die Perspektive junger Musliminnen und Muslime im gesellschaftlichen Diskurs zu stärken.

Der Bertelsmann Stiftung kam aufgrund ihrer langjährigen wissenschaftlichen Expertise die Aufgabe zu, ein geeignetes Workshop-Design zu entwerfen. Die Deutschlandstiftung Integration, die durch das GEH DEINEN WEG Stipendienprogramm einen guten Zugang zu jungen Menschen mit Migrationsbiografie besitzt, fungierte als organisatorische Schnittstelle für die beteiligten Akteurinnen und Akteure.

Aus ihrem Erfahrungsaustausch leiteten die Tagungsteilnehmenden Entwicklungsperspektiven für einen „Islam 2030“ ab und formulierten ihre Erwartungen an die Politik, die muslimische Zivilgesellschaft, Bildungseinrichtungen und Medien.

WAS GEGEN ISLAM-  
FEINDLICHKEIT TUN?



MUSLIMINNEN  
NACH VORNE!



WARUM KEINE  
MOSCHEENSTEUER?

VIELLEICHT EINE  
GEMEINDEWOHLABGABE?



30.10.2020

# #Wir Almanya

PERSPEKTIVE EINES JUNGEN ISLAMIS IN DTL.



DAS IST DAS THEMA  
RUND UM DEN ISLAM  
IN DTL., DAS ICH AM  
DRINGENDSTEN VERÄNDERN  
MÖCHTE.

WAS IST  
LÄNGST FÄLLIG?

UNABHÄNGIGE  
MOSCHEEN!



WANN HABEN WIR  
MEHR REPRÄSENTATION  
IN DER POLITIK?

SICHER  
BALD!



GEHEN SIE  
IN DIE POLITIK!



CHRISTIAN WULFF

DAS WÜNSCHE ICH MIR  
FÜR DEN ISLAM IN DTL.

WAHRNEHMUNG  
DER MUSLIME  
SELBSTVERSTÄNDLICH!



VIELE MUSLIM/INNEN  
SIND SCHON ENGAGIERT,  
ABER VERSTECKEN IHRE  
RELIGION. WAS NUN?



ICH BIN  
MUSLIM!

SEIEN  
SIE  
SELBST-  
BEWUSST!

DAS BEDEUTET  
DER ISLAM FÜR MICH:

AUCH  
KULTURELL  
ANKOMMEN!



DT. SPRACHE  
IN DEN GEMEINDEN!



KEINE RECHT-  
FERTIGUNGEN MEHR!



MEHR REPRÄSENTATION  
IN POLITIK,  
FORSCHUNG ETC.



RÜCKBESINNUNG AUF  
URSPRÜNGLICHE  
MUSL. WERTE



KEINE FREMD-  
GESTEUERTE  
REFORMATION!

MODERATION:



JULIA GERLACH

FRIEDLICHES  
MITEINANDER!



MEIN  
KOCH  
BUCH  
FÜR DAS  
MITEINANDER



LEBENS-  
PHILOSOPHIE,  
DIE  
Gemeinwohl  
BETONT!



SPIRITUALITÄT



MODERNE AUSLEGUNG  
BESPRECHEN

ENDLICH  
NICHT IM  
FOKUS!

ISLAM



ISLAMFEINDLICH-  
KEIT ERNST  
NEHMEN!



ZUSAMMENHANG  
ERKUNDEN

Anspruch dieses Thesenpapiers ist es zum einen, diese Ergebnisse festzuhalten und einen Eindruck der lebendigen Debatten auf der Tagung zu vermitteln. Zum anderen soll dieses Papier zum weiteren Fortgang des Dialogprozesses beitragen und dafür inhaltliche Impulse liefern. Die Veranstaltenden haben deswegen Dr. Yasemin El-Menouar, Islamexpertin und Leiterin des Religionsmonitors der Bertelsmann Stiftung gebeten, die Tagungsergebnisse zusammenzufassen und einzuordnen.

Entstanden sind so zehn Thesen, die die auf der Tagung formulierten Entwicklungsperspektiven verdichtet wiedergeben. Mit ihrer Veröffentlichung soll Akteurinnen und Akteuren aus Politik, muslimischer Community, Bildungseinrichtungen und Medien die Gelegenheit gegeben werden, sich mit den Thesen zu beschäftigen, Stellung zu beziehen und weitere Vorschläge zu entwickeln.

## Der Islam gehört zu Deutschland!

Dieser denkwürdige Satz des ehemaligen Bundespräsidenten Christian Wulff bildete den Ausgangspunkt der Diskussionen. Herr Wulff, der heute Stiftungsratsvorsitzender der Deutschlandstiftung Integration ist, erinnerte in seinem Grußwort an die Debatte, die seine Aussage 2010 auslöste. In der anschließenden Diskussion mit den Teilnehmenden wurde deutlich, dass sich die deutsche Gesellschaft auf der einen Seite einen großen Schritt weiterentwickelt hat.

Heute wird kaum mehr infrage gestellt, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist, und auch das Bewusstsein dafür, dass dieses Land religiös und weltanschaulich vielfältig ist, ist gewachsen. Auf der anderen Seite ist Muslimfeindlichkeit hierzulande bis heute eine besorgniserregende Realität. Auf besonders schmerzliche Weise führt das der Anschlag von Hanau vor Augen. Aber auch Diskriminierungserfahrungen, von denen viele Anwesende berichten können, belegen das. Es bleibt also noch viel zu tun – und dabei, das machte Christian Wulff deutlich, spielen die jungen Musliminnen und Muslime in Deutschland eine entscheidende Rolle.

**„Sie sind die Vorreiter, die Avantgarde. Von Ihnen wird Mut und Engagement erwartet. Das mag anstrengend und oft auch frustrierend sein, aber vielleicht tröstet es Sie, dass Sie es damit nachfolgenden Generationen viel leichter machen.“**

Christian Wulff im Gespräch mit den Teilnehmenden

## #WirAlmanya: Die Teilnehmenden

Die 40 jungen Frauen und Männer, die der Tagung ihr Gesicht gegeben haben, repräsentieren eine neue, selbstbewusste Generation von Musliminnen und Muslimen in Deutschland. Sie sind auf unterschiedliche Weise gesellschaftlich engagiert und stehen so auch für die Vielfalt muslimischer Perspektiven jenseits des organisierten Islams, der in der Deutschen Islam Konferenz bereits gut vertreten ist. In ihrer Mehrheit sind sie Stipendiatinnen und Stipendiaten der Deutschlandstiftung Integration und des Avicenna Studienwerks. Für die Teilnahme an der Tagung haben sie sich beworben. Die meisten studieren, andere promovieren oder sind bereits berufstätig. Fast alle Teilnehmenden sind in Deutschland geboren und aufgewachsen. Einige sind als Kinder hierhergekommen, ein junger Mann ist vor wenigen Jahren aus Syrien geflohen.



# Der Diskussionsprozess und die Ergebnisse

Ursprünglich für das Frühjahr 2020 als Klausurtagung in der Burg von Bad Belzig geplant, machte die Corona-Pandemie eine Verschiebung der Konferenz auf Ende Oktober und eine Verlegung in den digitalen Raum nötig. Auch hierbei galt es, den Teilnehmenden zu ermöglichen, in einem geschützten Raum miteinander zu reden und frei Ideen zu formulieren sowie Konzepte zu entwickeln. Dazu dienten geschlossene sogenannte Breakout-Räume in dem Konferenz-Tool Zoom.

Beim Eröffnungsplenum wurden Arbeitsgruppen gebildet, die in gleicher Zusammensetzung über das ganze Wochenende zusammenblieben. Bereits im Vorfeld erhielten alle Teilnehmenden per Post Diskussionskarten mit Arbeitsaufträgen und Fragen als Leitfaden für eine inhaltliche Strukturierung. Zudem fand sich für jede Gruppe ein Moderator oder eine Moderatorin aus dem Teilnehmerkreis. Sie kamen einige Tage vor der Konferenz zu einem Vorbereitungstreffen zusammen. Ihnen stand frei zu entscheiden, wie eng sie sich an den Diskussionskarten orientierten oder ob sie andere Fragestellungen zum Themengebiet aufgreifen wollten. Zum Abschluss jedes Workshops bereiteten die Teilnehmenden Präsentationen vor, die sie dann in einem digitalen Plenum vorstellten und diskutierten. Schritt für Schritt erarbeiteten sie so gemeinsam eine Vision mit Handlungsempfehlungen. Diese diskutierten die Teilnehmenden in einem Abschlussplenum mit dem für die Deutsche Islam Konferenz zuständigen Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, Dr. Markus Kerber.

Die Thesen in diesem Papier beruhen vor allem auf den Diskussionen während der Tagung sowie den Präsentationen der Workshop-Ergebnisse, die die Teilnehmenden anschließend auf die digitale Wandzeitung Padlet hochgeladen haben. Um einen Einblick in die lebendige und intensive Diskussion zu geben, sind beispielhafte Gesprächsbeiträge als anonymisierte Zitate beigefügt.

# Zentrale Ergebnisse

Den Vorschlägen, die die Teilnehmenden der #WirAlmanya-Tagung erarbeitet haben, liegt eine übergreifende Vision für den Islam in Deutschland zugrunde: Musliminnen und Muslime sowie ihr religiöser Glaube gehören nicht nur zu Deutschland, sondern zählen ganz selbstverständlich zur unhinterfragten deutschen Normalität. Nicht die Integration des Islams, sondern die Normalität des Islams in Deutschland ist daher das vielfach vorgetragene Ziel.

Auf dem Weg dahin machen die Tagungsteilnehmenden vor allem ein Problem aus: Die Mehrheitsgesellschaft und die Politik stellen immer wieder die Frage danach, wie Muslimsein zu definieren sei und wer als Muslimin oder Muslim gelte. Für junge Musliminnen und Muslime sei das aber eine persönliche Angelegenheit, denn der Islam sei eine durch und durch individualistische Religion. Es stehe jedem frei, selbst zu entscheiden, ob und wie er Muslimin oder Muslim sein möchte.

Da es aber keine allgemein verbindliche Definition gibt, entsteht das Problem der Repräsentation: Zum einen gibt es für die Politik kein zentrales Gegenüber, das alle Musliminnen oder Muslime vertreten kann. Zum anderen geraten Musliminnen und Muslime im Alltag häufig in die Lage, für „den Islam“ und „alle Musliminnen und Muslime“ sprechen zu müssen. Das sorgt einerseits für enttäuschte Erwartungen aufseiten der Politik und Mehrheitsgesellschaft, andererseits für erheblichen sozialen Druck auf Musliminnen und Muslime.

Auch der Tagungstitel #WirAlmanya und die hier gestellte Frage nach

**„Ich wünsche mir, dass Musliminnen und Muslime in Deutschland 2030 den Luxus haben, nicht mehr als Repräsentanten einer Gruppe gesehen zu werden.“**

Votum einer Teilnehmerin

dem Herkunftsland illustrieren aus Sicht vieler Teilnehmender das Problem der Etikettierung, dem Muslime und Musliminnen in Deutschland kaum entkommen können: Durch die Verwendung des fremd klingenden Begriffs werde die Debatte um den Islam in Deutschland zu einer Migrationsdebatte. Genau diese Gleichsetzung von Islam und Fremdsein sei aber zu vermeiden. Schließlich sei der Islam inzwischen die Religion von vielen in Deutschland geborenen und aufgewachsenen Menschen. Die Kategorie Herkunftsland spielt für viele keine Rolle.

Es sind insbesondere drei Themen, die den Teilnehmenden der #WirAlmanya-Tagung auf dem Weg zu einem Normalität beanspruchenden Islam in Deutschland besonders wichtig sind:

### 1. **Der Islam in Deutschland ist vielfältig und vielstimmig.**

Deutschland ist die Heimat von Musliminnen und Muslimen aller islamischen Glaubensströmungen, aus unterschiedlichen Herkunftsländern und verschiedener Generationen. In dieser Vielfalt liegen eine Stärke und eine Ressource dieser Weltreligion in Deutschland: Debatten über Glaubensfragen können sehr kontrovers zwischen verschiedenen Lesarten des Islams geführt werden. Eine solche offene Debatte erfordert einerseits den Mut der muslimischen Community in Deutschland, sich mit ihrem Glauben kritisch und öffentlich auseinanderzusetzen. Andererseits kann diese Auseinandersetzung nur dann gelingen, wenn sich Musliminnen und Muslime in der Gesamtgesellschaft auch sicher und anerkannt fühlen.

### 2. **Gesellschaftliche Anerkennung und Abbau von Diskriminierung.**

Alle Teilnehmenden der Tagung berichten über Diskriminierungserfahrungen bis hin zu expliziter Muslimfeindlichkeit. Im Alltag erleben sich die jungen Frauen und Männer häufig als Objekte externer Zuschreibungen und vornehmlich auf ihr Muslimischsein reduziert. Dabei wird der islamische Glaube meist als Problem betrachtet, nicht als soziale Ressource und Bereicherung für die Gesellschaft. Durch diskriminie-

rende Zuschreibungen werden nicht zuletzt soziale Barrieren geschaffen, die Bildungs- und Karrierewege erschweren.

### 3. **Selbstbestimmte Religionsausübung.**

Die #WirAlmanya-Tagung hat gezeigt, dass es jungen Musliminnen und Muslimen in Deutschland sehr wichtig ist, selbst zu entscheiden, ob und wie sie ihre Religion leben möchten. Großen Wert legen die Teilnehmenden der Tagung zudem darauf, als (junge) muslimische Community auch die Repräsentation von Musliminnen und Muslimen in der Öffentlichkeit mitzuprägen und in den Verbänden vertreten zu sein.

Die Tagungsteilnehmenden sind sich einig, dass Politik, muslimische Zivilgesellschaft, Bildungseinrichtungen und Medien diese drei Themenfelder stärker in den Fokus rücken sollten, damit sich muslimisches Leben in Deutschland zur gesellschaftlichen Normalität entwickeln kann.

**„Es gibt Szenen, die haben viele von uns erlebt: Da passiert ein Anschlag und in der Schule wird darüber diskutiert. Ein muslimisches Schulkind muss dann erklären, was das mit dem Islam zu tun hat. Das Kind hat im Zweifelsfall kaum eine Ahnung, noch wurde es gefragt, ob es diese Rolle als Sprecher des Islams haben möchte. Das ist eine psychische Belastung, die nicht alle aushalten.“**

Stimme eines Teilnehmers

## „Wer ist Muslimin und Muslim?“

Diese Fragestellung zieht sich durch die gesamte Konferenz: Wer ist eigentlich Muslimin und Muslim? Einerseits scheint die Antwort einfach. So verweisen die Teilnehmenden auf das eigene Glaubensbekenntnis „Wer sich zum Islam bekennt, ist Muslimin und Muslim“, heißt es da. Komplizierter wird es, wenn gefragt wird, wer den Islam hierzulande repräsentiert. Wer tritt als Vorbild für die Musliminnen und Muslime auf und was sollte diese Person auszeichnen? Reicht es, wenn die Person aus einer muslimisch geprägten Familie kommt oder sollte sie ihre Religion auch praktizieren?

Schließlich: Wer entscheidet darüber, wer als Muslim und Muslimin gelten kann? Und ist das überhaupt nötig? Möglicherweise – das ist eine Erkenntnis, die sich durch die Tagungsdiskussionen zieht – geht es vielmehr darum, der Vielfalt innerhalb des Islams zum Recht zu verhelfen und aus dem Kreislauf der Zuschreibungen hinauszugelangen. Diese fordern Eindeutigkeit oder setzen diese voraus und verhindern so gerade einen offenen, selbstbestimmten Umgang damit, was die eigene muslimische Identität ausmacht und worauf sich Muslime in Deutschland – auch institutionell – verständigen könnten.





## „Was für einen Islam vertreten wir?“

Eine kleine Umfrage diente auf der Tagung dazu, mehr darüber herauszufinden, wo sich die Teilnehmenden in der laufenden Islam-Debatte verorten. Gefragt wurde, welchen Begriff sie für den Islam in Deutschland bevorzugen. So wird häufig von einem deutschen oder europäischen Islam gesprochen. Andere bevorzugen einen „in Deutschland beheimateten Islam“ oder einen „Islam im deutschen Kontext“. Interessanter als die Umfrageergebnisse war die Diskussion, die sich daraus entwickelte. Mehrere Teilnehmende kritisierten die Fragestellung als typische Herangehensweise der Mehrheitsgesellschaft. Der Begriff „deutscher Islam“ transportiere einen von außen an den Islam herangetragenen Reformdruck, sich den Normen der deutschen Gesellschaft anzupassen. Der Islam sei allgemeingültig und sehe bereits einen Entwicklungsspielraum vor. Es brauche keine weiteren Attribute. Daher sei einfach vom Islam zu sprechen. Dennoch – da waren sich die Gesprächsteilnehmenden einig – gibt es inzwischen einige Besonderheiten, die den gelebten Islam in Deutschland oder auch Europa charakterisieren. In der weiteren Diskussion kristallisierte sich zunehmend die Bezeichnung „Islam im europäischen Kontext“ als konsensfähig heraus. Ein solcher spezifischerer Begriff habe gegenüber dem allgemeineren den Vorteil, den konkreten Hoffnungen und Erwartungen an Politik, Mehrheitsgesellschaft und muslimische Community Ausdruck zu verleihen.

## Zehn Thesen zur „Vision Islam 2030“

Über die Gegenwartserfahrungen hinaus ging es auf der #WirAlmanya-Tagung darum, eine mittelfristige Zukunftsvision für den Islam in Deutschland zu entwerfen: Wie könnte aus Sicht der jungen Musliminnen und Muslime ein zur Normalität gewordenenes muslimisches Leben in zehn Jahren aussehen? In der regen und durchaus kontroversen Debatte zu einer „Vision Islam 2030“ kristallisierten sich zehn Entwicklungsperspektiven heraus. Diese werden im Folgenden in der verdichteten Form von zehn Thesen skizziert.

### 1. Im Jahr 2030 sind antimuslimische Diskriminierung und Muslimfeindlichkeit überwunden. Musliminnen und Muslime sowie der Islam zählen zur deutschen Normalität.

Gegenwärtig wird der Islam fast ausschließlich vor dem Hintergrund von religiösem Extremismus, der Menschenrechtslage in islamischen Ländern und terroristischer Anschläge thematisiert. Dadurch ist ein islamisches Klima in Deutschland entstanden, das durch Ängste und Unsicherheit geprägt wird. So fühlte sich 2019 die Hälfte aller Deutschen durch den Islam bedroht; das zeigen Ergebnisse des Religionsmonitors der Bertelsmann Stiftung. Durch den einseitig negativen Fokus wird die Akzeptanz von Musliminnen und Muslimen behindert und Muslimfeindlichkeit begünstigt.

Auf dem Weg zu einer gegenüber Musliminnen und Muslimen vorurteils- und diskriminierungsfreien Gesellschaft halten die Teilnehmenden der #WirAlmanya-Tagung die Einrichtung der Stelle eines Bundesbeauftragten gegen Muslimfeindlichkeit für sinnvoll. Mit der Berufung des Unabhängigen Expertenkreises Muslimfeindlichkeit (UEM) hat das Bundesinnenministerium im September 2020 einen ersten wichtigen Schritt getan, das Problem antimuslimischer Diskriminierung direkter anzugehen.

## 2. 2030 wird der Islam in der deutschen Gesellschaft als vielfältig und vielstimmig wahrgenommen. Diese Vielfalt gilt als selbstverständlich.

Bislang wird – vor allem über die Medien – das Bild eines monolithischen und unveränderlichen Islams konstruiert und reproduziert. Das führt zu einer voreingenommenen und verzerrten Wahrnehmung in der Mehrheitsgesellschaft. Musliminnen und Muslime werden auf diese Weise in einen Rechtfertigungsdiskurs gedrängt, die Möglichkeit einer offenen Auseinandersetzung mit dem eigenen Glauben und unterschiedlichen religiösen Auslegungen wird deutlich erschwert. Die Chance, dass sich gerade durch eine solche offene Auseinandersetzung ein Islam europäischer Prägung entwickelt, wird von der Mehrheitsgesellschaft noch zu wenig gesehen. Den Begriff eines deutschen Islams lehnen die Tagungsteilnehmenden

**„Zentrale Streitpunkte sind ein mal internes, mal externes Verlangen nach einem entweder liberalen, modernisierten, assimilierten oder europäischen Islam oder einem traditionalistischen, konventionellen, konservativen Islam.“**

Ein Teilnehmer

mehrheitlich ab, weil er sich nicht aus der muslimischen Community heraus entwickelt habe, sondern eine externe Setzung sei, die verordnen will, was sich nur perspektivisch entwickeln kann. Konsensfähig ist hingegen die Bezeichnung eines Islams im europäischen Kontext, die das Spezifische mit größtmöglicher Offenheit verbindet.

Lebhaft diskutiert wird bei der Tagung auch die Frage, inwieweit sich die muslimische Community selbst bewegen und verändern muss. Auch angesichts ungerechtfertigter Erwartungen der Mehrheitsgesellschaft dürfe sie sich nicht einfach zurückziehen, sondern müsse sich mutiger zur eigenen islamischen Vielfalt bekennen, so die Forderung vieler Teilnehmender. Muslimische Gemeinden sollten diese Vielfalt in der Einheit über alle Glaubens- und Herkunftsunterschiede hinweg auch für die Mehrheitsgesellschaft sichtbar machen, sich stärker vernetzen und kooperieren sowie in deutscher Sprache kommunizieren. Zudem, darin waren sich die Tagungsteilnehmenden einig, müssten die muslimischen Verbände und Gemeinden dem Generationenwandel in den eigenen Reihen mehr Raum geben und die Perspektive des jungen Islams in Deutschland stärker einbeziehen.

## 3. Religiöse Toleranz ist im Deutschland des Jahres 2030 so selbstverständlich wie der tolerante Umgang in anderen gesellschaftlichen Bereichen.

Zwar zählt Deutschland bereits heute zu den tolerantesten Ländern der Welt, bei der religiösen Toleranz liegt es aber im internationalen Vergleich deutlich zurück. Unter religiöser Toleranz verstehen viele Menschen hierzulande vor allem die persönliche Glaubenswechselfreiheit. Die Freiheit, den eigenen Glauben auch nach außen sichtbar zu zeigen und zu leben, wird eher skeptisch gesehen (siehe auch These 5).

Darin spiegelt sich ein eingeschränktes Verständnis von religiöser Toleranz im Sinne staatlicher Duldung wider. Indes setzt sich in den jüngeren Generationen, die mit (religiöser) Vielfalt als deutscher Normalität aufgewachsen sind, zunehmend ein umfassenderes Toleranzverständnis durch, das sich am Prinzip wechselseitiger Anerkennung orientiert. Ein solches Verständnis von religiöser Toleranz sollte nach Ansicht der Teilnehmenden der #WirAlmanya-Tagung beispielsweise durch Bildungsangebote unterstützt und gefördert werden.

**4. In den Debatten des Jahres 2030 wird der Islam als Religion angesprochen und als soziale Ressource wahrgenommen. Er dient nicht länger als ein Etikett, um von gesellschaftlichen Herausforderungen abzulenken, die ganz andere Ursachen haben. Insbesondere das Thema der Zuwanderung ist nicht mehr mit dem Islam gekoppelt.**

In den zahlreichen Islam-Debatten der vergangenen Jahre ist der Islam als Religion kaum vorgekommen. In einer religiös und kulturell pluralen Gesellschaft ist es aber wichtig, einander kennenzulernen und zu verstehen. Dazu gehört Zuhören. In Deutschland wird aber vor allem über Musliminnen und Muslime gesprochen. Dabei gilt der Islam in erster Linie als Problem, nicht als Ressource.

Um den Islam als soziale Ressource zu entdecken, braucht es ein Mindestmaß an religiöser Grundkompetenz. Religionsgemeinschaften sind auch Sprach- und Kommunikationsgemeinschaften. Die verschiedenen Sprachen müssen gelernt und gegebenenfalls übersetzt werden. Um die Voraussetzungen für den Erwerb dieser religiösen Grundkompetenzen zu schaffen, schlagen die Tagungsteilnehmenden vor, den staatlichen Bildungsauftrag zu überdenken und unter Beteiligung auch von Musliminnen und Muslimen neue Modelle für die religiöse und interreligiöse Bildung in Schule, Hochschule und politischen Bildungseinrichtungen zu entwickeln.

**5. Die muslimische Religion ist im Jahr 2030 ein sichtbarer und von der Gesamtgesellschaft anerkannter Teil des öffentlichen Lebens. Moscheen gehören genauso zum Stadtbild wie Kirchen und Synagogen.**

Wo Religion im öffentlichen Leben Präsenz zeigt, gelten Weltoffenheit und Toleranz in Deutschland heute mitunter als gefährdet (siehe These 3). Die Ansicht, die Religionsausübung sei reine Privatsache und gehöre

nicht in die Öffentlichkeit, ist in Deutschland weit verbreitet. So sprachen sich im Religionsmonitor 2017 der Bertelsmann Stiftung 40 Prozent der Befragten dafür aus, das Tragen religiöser Symbole in der Öffentlichkeit einzuschränken.

Nach Meinung der Tagungsteilnehmenden gehört die öffentliche Sichtbarkeit religiöser Vielfalt aber zum Grundbestand einer pluralen und offenen Gesellschaft. Diese Sichtbarkeit öffnet Türen für den interreligiösen Dialog, verhindert einen „Hinterhofislam“, wirkt Islamfeindlichkeit entgegen und trägt dazu bei, den Islam als deutsche Normalität zu verankern. Auch das Begehen religiöser Feiertage trägt zur Sichtbarkeit bei. In der Diskussion werden hierzu unterschiedliche Standpunkte vertreten: Während es den einen reichen würde, die öffentliche Wertschätzung dafür zu fördern und mehr Raum für das individuelle Begehen der Feiertage in Bildungseinrichtungen und am Arbeitsplatz zu schaffen, schlagen andere die Einführung von zwei gesetzlich verankerten muslimischen Feiertagen auf Landesebene vor.

**6. Die Moscheegemeinden in Deutschland werden im Jahr 2030 als Orte der Prävention gegen Radikalisierung und Extremismus wertgeschätzt.**

Die Affinität des Islams zum Extremismus ist schon seit Langem ein gängiger Topos politischer Islam-Debatten. Moscheegemeinden geraten im Zuge dessen in den Medien meist als des religiösen Extremismus verdächtige Orte in den Blick. Zugleich sind Moscheen aber auch Angriffsziel von Rechtsterroristen. Während in der Mehrheitsgesellschaft so das Bild von Moscheen als gefährliche Orte entsteht, sind sie für gläubige Musliminnen und Muslime eher gefährdete Orte.

Dieser gesellschaftlichen Spaltung, an der rechte und islamistische Extremisten und Extremistinnen arbeiten, muss nach Meinung der Tagungsteilnehmenden entgegengearbeitet werden. Zum einen müsse

die Mehrheitsgesellschaft anerkennen, dass sich Musliminnen und Muslime in Deutschland in ihrer ganz großen Mehrheit zur Demokratie bekennen und friedlich mit ihren Nachbarinnen und Nachbarn leben. Moscheegemeinden sollten sich zugleich aber auch stärker öffnen und ihre Gemeindegarbeit mutiger und wirkungsvoller in die Öffentlichkeit vermitteln. Dann könne klarer werden, dass Moscheegemeinden zur Verbreitung eines demokratiefreundlichen Islams beitragen und einer religiösen Radikalisierung vorbeugen. Dazu braucht es aber Musliminnen und Muslime, die dies öffentlich kundtun und darüber auch diskutieren können.

### **7. Musliminnen und Muslime sind 2030 in allen gesellschaftlichen Schlüsselpositionen entsprechend ihres Bevölkerungsanteils vertreten. Zugangsbeschränkungen und Diskriminierungshürden bestehen nicht mehr.**

Bislang klafft in vielen gesellschaftlichen Bereichen eine Repräsentationslücke. Musliminnen und Muslime sind beispielsweise in den Parlamenten und Regierungen aktuell unterrepräsentiert. Auch da, wo Religionen und Weltanschauungen ausdrücklich politisch beteiligt werden, etwa im Rundfunkrat öffentlich-rechtlicher Sendeanstalten oder im Deutschen Ethikrat, ist eine angemessene Beteiligung von Musliminnen und Muslimen immer noch nicht garantiert. Vor besonderen Schwierigkeiten stehen Frauen, die das muslimische Kopftuch tragen. Zugangshürden, die für sie heute etwa noch im Staatsdienst gelten, müssten abgebaut werden.

Bezüglich der Einführung von Quoten sind sich die Teilnehmenden der #WirAlmanya-Tagung nicht einig. Einstimmig befürwortet werden hingegen Maßnahmen, die den gleichberechtigten Zugang zu Schlüsselpositionen erleichtern, wie zum Beispiel anonymisierte Bewerbungsverfahren sowie Maßnahmen wie ein Muslim Leadership Programm, das Musliminnen und Muslime ermutigt, Leitungspositionen

anzustreben. Derzeit könnten viele Musliminnen und Muslime ihre Talente noch nicht angemessen einbringen.

### **8. 2030 haben Musliminnen und Muslime eigene Repräsentationsstrukturen für den Islam in Deutschland etabliert. Muslimische Vertretungsräte in den Bundesländern werden vom Staat als Kooperationspartner anerkannt.**

Die deutsche Religionspolitik ist bis heute eng an den christlichen Kirchen und ihrer hierarchischen Organisationsstruktur ausgerichtet. Das traditionelle Kooperationsmodell setzt entsprechend eine kirchenähnliche Art der Organisation von Religionsgemeinschaften voraus. Diese ist dem individualistischen Islam mit seiner Vielfalt an Auslegungen aber fremd. Bis heute ist deshalb fast allen religiösen muslimischen Gemeinschaften eine öffentlich-rechtliche Gleichstellung mit den christlichen Kirchen versagt geblieben.

Für die Zukunft sollten nach Ansicht der Tagungsteilnehmenden die Bedingungen für die Verleihung von Körperschaftsrechten an Religionsgemeinschaften angepasst werden. Zusätzlich sollten alternative Formen der Kooperation institutionalisiert werden, die es dem Staat erlauben, muslimischen Vertretungen Rechte und Pflichten zu übertragen, ohne sie zu einer organisierten einheitlichen Positionierung zu drängen. Vorgeschlagen werden (gewählte) muslimische Vertretungsräte auf Landesebene,

**„Es gibt wenig, was die Muslime in Deutschland miteinander verbindet – sieht man einmal von der gemeinsamen Diskriminierungserfahrung und dem Rassismus gegen Muslime ab.“**

Eine Teilnehmerin

die bundesweit vernetzt sind. Diese könnten dann beispielsweise bei der Ausgestaltung der Wohlfahrtspflege, der Seelsorge und der religiösen Bildung an Schulen und Hochschulen mitwirken.

**9. Es gibt im Jahr 2030 eine institutionelle Struktur für das muslimische Engagement in Deutschland. Die Wohlfahrtsarbeit von Musliminnen und Muslimen gründet auf einer professionellen Basis und richtet sich an die gesamte Gesellschaft.**

Muslimische Gemeinden erbringen nicht nur religiöse Dienstleistungen, sie organisieren auch verschiedene soziale Dienste. Dieses soziale Engagement der muslimischen Gemeinden ist aber bis heute nur in geringem Maße strukturiert, stark binnensorientiert und baut fast ausschließlich auf das Ehrenamt auf. Es fehlt an professionellem Personal und finanziellen Ressourcen.

**„Die [muslimische] Community gibt es nicht. Man sollte vielmehr von vielen Untergruppen sprechen, die situations- oder krisenbedingt zu einer Community zusammengeschnitten werden.“**

Aus einer Workshop-Präsentation

Trotz der großen religiösen und weltanschaulichen Pluralisierung ist die Wohlfahrtspflege nach wie vor stark kirchlich geprägt. Anders als christliche Wohlfahrtsverbände erhalten muslimische Organisationen für die soziale Arbeit bisher kaum staatliche Zuschüsse. Die Gründung eines muslimischen Wohlfahrtsverbandes steht daher aus. Eine institutionalisierte

muslimische Wohlfahrtspflege könnte nach Ansicht vieler Tagungsteilnehmer zu einem neuen Gleichgewicht im Versorgungsangebot beitragen. Zudem können so die bislang wenig beachteten und weitgehend unterschätzten zivilgesellschaftlichen Potenziale der muslimischen Gemeindeglieder zum Tragen gebracht werden.

**10. Musliminnen und Muslime finanzieren im Jahr 2030 ihre Strukturen aus eigener Kraft selbst und organisieren sich ohne Einmischung von außen. Der Islam in Deutschland ist finanziell und politisch unabhängig.**

Gegenwärtig sind Musliminnen und Muslime noch auf staatliche Förderungen angewiesen, um eigene Strukturen aufbauen zu können. Damit geht aber die Gefahr einher, dass der Staat Inhalte vorgibt und das Selbstbestimmungsrecht der muslimischen Religionsgemeinschaften verletzt. Ein aktuelles Beispiel ist die Eröffnung des Islamkollegs zur Imamausbildung in Osnabrück. Seine staatliche Finanzierungsstruktur wird in der muslimischen Community kritisch gesehen. Auf Dauer müsse sich das Kolleg selber finanzieren, meinen viele.

Die Tagungsteilnehmenden sind sich einig, dass die finanzielle Unabhängigkeit von islamischen Verbänden und Organisationen unabdingbare Voraussetzung dafür ist, um unabhängig sowohl von in- als auch ausländischen staatlichen Einflüssen zu agieren und sich eigenverantwortlich zu organisieren. Eine Moscheesteuer kann nach Ansicht der Teilnehmenden eine finanzielle Entwicklungsperspektive darstellen, dürfe sich aber nicht zu stark an der Kirchensteuer orientieren. Die Kirchen seien hierarchisch organisiert, der Islam dagegen individualistisch. Das müsse auch bei der Finanzierung berücksichtigt werden.



# To-dos für die Politik, die muslimische Community, Bildungseinrichtungen und Medien

Aus ihren Zukunftsvisionen für den Islam in Deutschland im Jahr 2030 – hier in zehn Thesen zusammengefasst – leiteten die Teilnehmenden der #WirAlmanya-Tagung konkrete Maßnahmenvorschläge ab. Sie sollen dazu beitragen, die Zielperspektive in den kommenden zehn Jahren auch praktisch umzusetzen.

## Handlungsvorschläge für die Politik

Der Politik und staatlichen Institutionen kommt eine Schlüsselrolle dabei zu, die Voraussetzungen für ein gleichberechtigtes Zusammenleben in religiöser Vielfalt zu schaffen. Folgende Maßnahmen sehen die Tagungsteilnehmenden als wichtig an:

- Einsetzung einer/eines Beauftragten gegen antimuslimischen Rassismus beziehungsweise Schaffung eines Ministeriums gegen Rassismus und Menschenfeindlichkeit
- besserer gesetzlicher Schutz von Minderheiten sowie Antidiskriminierungsmaßnahmen für praktizierende Musliminnen und Muslime
- klare Haltung gegen Hate Speech und Menschenfeindlichkeit
- Förderung von Muslim:innen in Führungspositionen
- anonymisierte Bewerbungsverfahren und Quotenregelungen für den öffentlichen Dienst

DEFINITIONEN SCHWIERIG ABER ENTSCHEIDEND

WER IST "MUSLIMISCH"?

MUSLIMISCH GELESENE!

& SELBST-DEFINIERT!

**SELBST-REFLEXION!**  
DER MUSLIME WICHTIG!

DR. MARKUS KERBER



DER BEAUFTRAGTE KOMMT!

### POLITIK



2 MUSL. FEIERTAGE AUF LANDESEBENE

EXPERT/INNEN AUS DER MUSL. MITTE ALS POLITIKBERATERINNEN



TÜRÖFFNER!

VORBILD

MUSLIM LEADERSHIP PROGRAM  
-> VORBILDER SCHAFFEN!

1.11.2020

# #WirAlmanya

UNSERE PERSPEKTIVE EINES ISLAM IN DTL.

DIALOGFORUM DEUTSCHE ISLAM KONFERENZ



### INNERMUSLIMISCH

SOZIALE ANGEBOTE IN DER MOSCHEE

zB. LESE-ZIRKEL



KEINE VORURTEILE WEGEN ÄUßEREM

MEHR AUF DEUTSCH!



H MOSEXUELLE WILLKOMMEN HEIßEN

### MEDIEN

DENKT DARAN: WIR SIND INDIVIDUEN



LASSEN SIE UNS EINEN TEE TRINKEN & REDEN

### BILDUNG



IN DEN LEHRPLAN!



SCHULKANTINE  
ANTIDISKRIMINIERUNGSSTELLE  
-> LOKAL!



- verpflichtendes Antirassismus-Training im öffentlichen Dienst
- zwei gesetzliche muslimische Feiertage, die für alle Bürger:innen frei sind
- Veränderung des Körperschaftsrechts, sodass der Islam in seiner Vielseitigkeit rechtlich anerkannt werden kann
- Musliminnen und Muslime als Politikberatende
- staatliche Würdigung muslimischer Persönlichkeiten.

### Handlungsvorschläge für die muslimische Community

Für ein besseres Zusammenleben in Vielfalt müssen auch Musliminnen und Muslime einen Beitrag leisten. Angesprochen sind damit ebenso islamische Verbände und Moscheegemeinden wie auch Einzelpersonen. Folgende Maßnahmen schlagen die Tagungsteilnehmenden vor:

- stärkere Vernetzung unter Musliminnen und Muslimen sowie mehr Miteinander
- stärkere Eigenreflexion von Glaubensinhalten und Traditionen

**„Wir brauchen auch als Muslime, die diskriminiert werden, einen Umgang mit dem Rassismus, den es in unseren Gemeinden gegen POC gibt.“**

Eine Teilnehmerin

- größere Toleranz gegenüber Musliminnen und Muslimen, die den Islam anders leben als andere (z. B. Musliminnen mit/ohne Kopftuch)
- mehr junge Musliminnen und Muslime in die Moscheevorstände
- mehr soziale Angebote an Moscheen
- mehr Musliminnen und Muslime, die ihre Rolle als Vorbilder ernstnehmen, in wichtige Positionen
- Auseinandersetzung mit Tabuthemen wie (Homo-)Sexualität oder Antisemitismus unter Musliminnen und Muslimen

### Handlungsvorschläge für Bildungseinrichtungen

Die Inhalte von Bildungseinrichtungen, vom Kindergarten über Schulen und Universitäten bis hin zu politischen Bildungsträgern, haben – so die Erfahrung der Teilnehmenden – starken Einfluss darauf, ob sich Musliminnen und Muslime als Teil der Gesellschaft fühlen und ob sie als solche anerkannt werden. Folgende Maßnahmen werden vorgeschlagen:

- rassismuskritische Bildung als Querschnittsthema in Schule und Universität
- Berücksichtigung des Islams in seinen theologischen, geschichtlichen und sozialen Bezügen im Schulunterricht (das schließt ausdrücklich auch das Recht auf islamische Schwimmkleidung ein)
- Einrichtung von Antidiskriminierungsstellen, die für alle erreichbar sind
- angemessene Vertretung von Musliminnen und Muslimen in Kollegien und Leitungspositionen von Bildungseinrichtungen
- Gebets- und Meditationsräume in allen Bildungseinrichtungen

## Handlungsvorschläge für die Medien

- mehr religiös-kulturelle Sensibilität für muslimische Lebenswelten bei Journalistinnen und Journalisten
- mehr Diversität in den Redaktionen
- mehr muslimische Vertretende in den Rundfunkräten
- Beschwerdestellen bei Verstößen gegen das Gebot der fairen Berichterstattung
- kritischer öffentlicher Diskurs zu Islambildern in den Medien

**„Viele Musliminnen und Muslime der zweiten, dritten Generation verstehen sich als deutsche Musliminnen und Muslime. Sie werden dafür aus manchen Kreisen in den Moscheegemeinden als Abtrünnige oder sogar Verräter beschimpft. Die Spannungen sind seit 2015/16 extrem gewachsen.“**

Eine Teilnehmerin

## Fazit

In den Diskussionen zur Zukunft des Islams in Deutschland finden die jungen Musliminnen und Muslime bislang nur wenig Gehör. Allerdings ist es ihre Generation, die den Islam in Deutschland weiterentwickeln, gestalten, leben und repräsentieren wird. Anspruch der #WirAlmanya-Tagung war es deswegen, dem jungen Islam eine Stimme zu geben. Die Veranstaltung hat gezeigt, dass sich junge Musliminnen und Muslime einen Islam wünschen:

1. der nicht nur zu Deutschland gehört, sondern als deutsche Normalität anerkannt ist
2. der sich vielfältiger und vielstimmiger entfalten kann und von der Öffentlichkeit sowie der Politik nicht als ein monolithischer Block wahrgenommen wird
3. und der von Musliminnen und Muslimen autonom und selbstbestimmt sowohl privat als auch öffentlich gelebt und praktiziert werden kann

Die dreitägige Tagung war als Brainstorming konzipiert und brachte eine Reihe zukunftsweisender Impulse für eine Entwicklungsperspektive des Islams in Deutschland hervor. Die vorgestellten zehn Thesen sind ein Versuch, die zahlreichen, sehr unterschiedlichen Impulse aus den Diskussionen und Workshops zusammenzuführen und einzuordnen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die Tagung lediglich eine Momentaufnahme darstellt: Weder die hier thesenförmig zusammengefassten Diskussionsbeiträge noch die von den Teilnehmenden erarbeiteten Handlungsvorschläge verstehen sich als abschließend und erschöpfend. Vielmehr sollen sie weitere Diskussionen anstoßen und müssen thematisch ausgebaut werden. Zudem beansprucht die Tagung keineswegs, repräsentativ für den jungen Islam in Deutschland gewesen zu sein. Die Teilnehmenden waren engagierte Studentinnen und

Studenten und bewusst keine Vertretenden des organisierten Islams. Wichtig ist es aber, weitere Perspektiven von jungen Musliminnen und Muslimen mit anderem sozialem Hintergrund einzubeziehen.

Die #WirAlmanya-Tagung kann daher nur als Einstieg in einen intensiveren Dialog mit jungen Musliminnen und Muslimen verstanden werden. Die sehr regen, engagiert geführten und auch emotionalen Diskussionen unter den Teilnehmenden haben gezeigt, wie notwendig ein solcher Dialog ist und dass es hier offenkundig einen Nachholbedarf gibt. Alle Teilnehmenden hatten ein starkes Bedürfnis, sich mitzuteilen und in die Diskussionen einzubringen. Viele sagten ausdrücklich, dass sie sich als junge Musliminnen und Muslime zu wenig wahrgenommen fühlen. Sie wünschen sich, mehr mitreden und mitgestalten zu können – vor allem wenn es in der Politik, in Bildungsinstitutionen und Medien, aber auch in muslimischen Verbänden und Gemeinden um die Zukunft ihres eigenen Glaubens in Deutschland geht. Dieses Bedürfnis, dabei ihre Alltagserfahrungen und persönlichen Vorstellungen einzubringen, dürfte auch für junge Musliminnen und Muslime mit anderem sozialem Hintergrund gelten. Insofern sollten Beteiligungsformate für junge Musliminnen und Muslime zu einem festen Bestandteil der deutschen Religionspolitik werden.

---

#### IMPRESSUM

##### **DSI Deutschlandstiftung Integration gGmbH**

Wallstraße 65  
10179 Berlin  
E-Mail: [kontakt@deutschlandstiftung.net](mailto:kontakt@deutschlandstiftung.net)  
[www.deutschlandstiftung.net](http://www.deutschlandstiftung.net)  
Herausgeberin: Gonca Türkeli-Dehnert

##### **Bertelsmann Stiftung**

Carl-Bertelsmann-Straße 256  
33311 Gütersloh  
[www.bertelsmann-stiftung.de](http://www.bertelsmann-stiftung.de)

GESTALTUNG: Fadi Abdelnour/subtype.studio BILDNACHWEIS: S. 4: BMI/Henning Schacht | S. 6: Steffen Krinke/Bertelsmann Stiftung | S. 7: Deutschlandstiftung Integration | S. 8, S. 20/21, S. 32: Deutschlandstiftung Integration / Marcel Dykiert | S. 14/15: Deutschlandstiftung Integration | S. 24: Deutschlandstiftung Integration / Ole Bader | S. 10/11 und S. 34/35: Deutschlandstiftung Integration / tuffix.net





Ein Projekt von:



**DEUTSCHLANDSTIFTUNG  
INTEGRATION**

| BertelsmannStiftung

Gefördert durch:



Bundesministerium  
des Innern, für Bau  
und Heimat

aufgrund eines Beschlusses  
des Deutschen Bundestages

im Rahmen der:



**Deutsche  
Islam  
Konferenz**